

Sachsen-Anhalt

SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG 2002 GESCHICHTE (GRUNDKURS)

Thema 3: Deutschland im Zeichen der Blockbildung

Aufgabenstellung:

Zeigen Sie den Prozess der Ost- bzw. Westintegration der Besatzungszonen und beider deutscher Staaten bis zum Mauerbau am 13. August 1961 unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses gegensätzlicher Gesellschaftssysteme auf.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Beschreiben Sie die historische Ausgangssituation, die zur doppelten Staatsgründung führte.
- Vergleichen Sie den Prozess der Einbindung der DDR in den Ostblock mit der Westintegration der BRD.
- Beurteilen Sie die These von Kleßmann: „Die Teilung läßt sich nicht nur aus dem Kalten Krieg als weltpolitischer Determinante ableiten, sondern sie war auch das Ergebnis sehr eindeutiger innenpolitischer Prioritätensetzungen.“ (Zeilen 3–5)

SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG 2002 GESCHICHTE (GRUNDKURS)

Material: Christoph Kleßmann über die Teilung Deutschlands

Christoph Kleßmann (geb. 1938) ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam. Sein Forschungsschwerpunkt ist die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg.

So unausweichlich die Teilung dem rückschauenden Beobachter erscheint, so wenig sollte doch der Historiker das außerordentlich komplexe außen- und innenpolitische Beziehungsgeflecht aus den Augen verlieren, in das sie eingebettet ist. Die Teilung läßt sich nicht nur aus dem Kalten Krieg als weltpolitischer Determinante ableiten, sondern sie war auch das Ergebnis sehr eindeutiger innenpolitischer Prioritätensetzungen. So wenig die ostdeutschen Politiker eine andere als die östliche außenpolitische und gesellschaftliche Option realisieren konnten - wie sie Ackermann 5 10¹ 1946 mit seinem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ formuliert hatte - so wenig wollten die maßgeblichen westdeutschen politischen Gruppen und die Mehrheit der Bevölkerung das Risiko eingehen, wenigstens den Versuch einer Kompromißlösung zu wagen, die auf der Basis neutralistischer Überlegungen hätte stattfinden müssen. Die Frage, ob die westdeutsche Politik unter den gegebenen Verhältnissen alliierter Dominanz alternative Vorstellungen dann auch hätte realisieren können, stellt sich somit gar nicht erst.

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1991, S. 299

¹ Anton Ackermann (1905-1973) war ein führender Vertreter der KPD und 1946 maßgeblich an der Gründung der SED beteiligt. Er vertrat bis 1948 die Theorie vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“.

Thema 3: Deutschlandpolitik in der BRD und der DDR zum Ende der 60er-Jahre

Aufgabenstellung:

Interpretieren Sie vergleichend die vorliegenden Quellen unter besonderer Berücksichtigung der Einstellungen von Franke und Ulbricht zur Einheit Deutschlands.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Geben Sie die deutschlandpolitischen Vorstellungen der beiden Autoren wieder.
- Untersuchen Sie die Positionen der Autoren zur deutsch-deutschen Annäherung bzw. Abgrenzung vor dem Hintergrund der Ost- bzw. Westintegration.
- Diskutieren Sie, inwieweit es der Bundesregierung nach 1969 gelang, den von Franke geforderten Minimalkonsens im Interesse der Nation (Zeile 29) herzustellen.

Material 1: Egon Franke zur Einheit der deutschen Nation

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), hielt am 6. Dezember 1970 eine Rede, der folgende Abschnitte entnommen wurden.

Ich habe unter unteilbarem Deutschland immer verstanden und verstehe es auch heute so, daß die Einheit der deutschen Nation das Unteilbare in Deutschland ist.

Diese Realität gilt nicht nur für die Deutschen in Ost und West, sie gilt auch für die Welt. Die Menschen in Deutschland sehen und begreifen dies so und das Ausland sieht es so.

Ich selbst gehe also von dieser Tatsache nicht nur aus, weil das Grundgesetz fordert, die nationale Einheit zu wahren und in freier Selbstbestimmung zu vollenden, und weil auch die DDR in Artikel 1 ihrer Verfassung vom 9. April 1968 sich als ein sozialistischer Staat deutscher Nation betrachtet, sowie in Artikel 8 zum Ausdruck bringt, daß die Spaltung Deutschlands kein Dauerzustand sein soll - sondern vor allem, weil ich weiß, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland heute unter deutscher Nation und unter deutschem Volk nicht die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland allein oder die Bevölkerung der DDR allein, sondern die Deutschen insgesamt verstehen, wie sie sich in der Realität der beiden Staaten in Deutschland einrichten. 5 10 15

Nicht das Territorium, nicht ein Staat, nicht einmal die kulturellen Faktoren oder die Sprache sind für das Fortbestehen der Nation entscheidend, sondern das Bewußtsein, das Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wille der Menschen sind in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland die entscheidenden Träger nationaler Einheit. [...]

Doch ebenso selbstverständlich ist es für jeden Demokraten in unserem Lande, daß die deutsche Frage nicht nationalistisch gelöst werden kann. Wer das im Sinne hat, der zerstört nicht nur die letzten Chancen, der verstärkt die Spannungen in Europa und beschwört für uns selbst in der Bundesrepublik Deutschland Unsicherheit und Gefahren herauf. 20 25 30 5 10 15

Wenn wir von diesen Erkenntnissen ausgehen, meine Damen und Herren, dann können wir in Zukunft einige Schritte weiterkommen. Denn die Zeiten sind vorüber, in denen eine Politik die Bundesrepublik absolut setzen und sich der Verantwortung für die Nation mit dem Hinweis darauf entziehen konnte, daß die bloße Politik der Westintegration automatisch zur Wiedervereinigung führe. Maximalforderungen und auf tönernen Füßen stehende, verbale Kraftmeierei helfen in der Deutschlandpolitik nicht weiter. Es geht vielmehr darum, einen Minimalkonsens im Interesse der Nation herzustellen, das heißt aber auch, wenn wir überhaupt zu Ergebnissen kommen wollen, zu wissen, daß die andere Seite nur auf Vorschläge eingehen kann, die ihre Existenz nicht von vornherein grundsätzlich in Frage stellen und gefährden.

Material 2: Walter Ulbricht zur nationalen Frage

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, hielt auf der Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des 25. Jahrestages der SED am 17. Dezember 1970 ein Referat. Im VI. und VII. Teil führte Ulbricht u. a. folgendes aus.

Die Integration der BRD in die NATO und die imperialistische Globalstrategie der USA einerseits und die Entwicklung der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik andererseits hat eine immer schärfere staatliche Abgrenzung zwischen den beiden Staaten und Gesellschaftssystemen bewirkt. Im Prozeß der Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und des sozialistischen Aufbaus hat sich die DDR als sozialistischer deutscher Nationalstaat herausgebildet.

Die bürgerliche deutsche Nation, die sich im Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus entwickelt und die im Rahmen eines einheitlichen Staates von 1871 bis 1945 bestanden hatte, existiert nicht mehr. Die DDR ist der sozialistische deutsche Nationalstaat, in ihr vollzieht sich der Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Nation. Dafür sind bereits unwiderrufliche Tatsachen entstanden. Die BRD ist ein imperialistischer Staat der NATO und verkörpert den verbliebenen Teil der alten bürgerlichen deutschen Nation unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. [...] Während der Gegner Beziehungen zur DDR nutzen will, um im Zeichen einer fiktiven nationalen Gemeinsamkeit die DDR der BRD anzunähern und mit der sozialdemokratischen Gesellschaftstheorie in der DDR Fuß zu fassen, ist unsere Politik darauf gerichtet, solche ¹ Beziehungen zur BRD

herzustellen, die uneingeschränkt dem Völkerrecht entsprechen¹, der objektiven und unvermeidlichen weiteren Abgrenzung zwischen den Systemen Rechnung tragen und damit alle Pläne für irgendwie geartete innerdeutsche Beziehungen durchkreuzen. Wenn die Politik des Gegners auf Verklammerung mit der DDR hinausläuft, kann es uns nur um entschiedene Abgrenzung gehen. Das ist die Voraussetzung für eine offensive Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber der BRD. [...] Gegenüber der DDR wenden sie zu diesem Zweck die Formel von der sogenannten Einheit der Nation und daraus sich angeblich ergebender besonderer innerdeutscher Beziehungen an. Es ist kein Zweifel, daß die Verweigerung der Anwendung des Völkerrechts auf die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR ein wesentlicher Störfaktor gegen die europäische Sicherheit ist. Um so notwendiger ist es, zielbewußt den Kampf um gleichberechtigte Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf völkerrechtlicher Grundlage durch die Herstellung diplomatischer Beziehungen und für die Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO zu führen.

Neues Deutschland, Berlin (Ost), 14. Januar 1971

¹

„Dem Völkerrecht entsprechen“ meint hier die Anerkennung der DDR als eigenen Staat.